Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Zusatz zu trinken.
Beste Kindernahrung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr., Fernspr.-A. II. 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. 8 Mal prämiirt, 80,000 St. in Function.
Geräuschlose Thürschliesser m. dopp. Luftentleerung, gewalts. Schliessen schadlos.
Closets & Badeartikel in größter Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Hofl. DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben. Fabrik: Elisenhofplatz.
L. Weidig, Waisenhausstr. 34.
Wegen vorgerückter Saison
— bedeutende Preisermässigung —
meines grossen Lagers elegant garnirter Damenhüte.
Jumpelt's Deutscher Veilchen-Duft.
Hochfein und anhaltend.
Käuflich in allen feinen Parfümerie-Handlungen.
Prima Gummi-Schuhe,
anerkannt vorzüglichstes Fabrikat, offerirt billigst
Reinhardt Leupolt, Gummifabr., Dresden, Wettinerstr. 26.
Gummi-Schuhe werden dauerhaft reparirt.
Reparatur-Utensilien,
als: Sohlen, Sohlenplatten, Lösung u. s. w. für Wiederverkäufer.
Schwerhörigen halte meine nach den Grundsätzen der Wissenschaft construirten Hörrohre in über 100 verschiedenen Formen und Constructionen für den geringsten bis stärksten Grad von Schwerhörigkeit passend, sowie meine illustrirte Broschüre hierüber empfohlen.
Carl Wendschuch, Königl. Hof-Lieferr., Struvestr. 11.

Nr. 353. Spiegel: Nordamerika und Spanien. Hofnachrichten, Löbauer Bahnunfall. Landw. Kreisverein. „Goldner Sonntag", General v. Lippe †. Weihnachten in Sicht. Striezelmarkt. Arnold's Kunstsalon. | Muthmaßliche Witterung: Schneefall, kälter. | Dienstag, 22. Dezbr.

An die geehrten Leser!

Bei der bedeutenden Auflage der „Dresdner Nachrichten" ist es nothwendig, die **Bestellungen** auf das

erste Vierteljahr 1897

bei dem betreffenden Postamte **sofort** bewirken zu wollen, da andernfalls auf ungestörte Fortlieferung bez. rechtzeitige Neulieferung des Blattes nicht gerechnet werden könnte.

Die Bezugsgebühr beträgt bei den **Kaiserl. Postanstalten** im Reichsgebiet **vierteljährlich 2 Mark 75 Pf.**, in Oesterreich-Ungarn **2 Fl. 53 Kr.** und im Auslande **2 Mark 75 Pf.** mit entsprechendem Postzuschlage.

Alle Postanstalten im Deutschen Reiche, in Oesterreich-Ungarn und im Auslande nehmen Bestellungen auf unser Blatt an.

Für **Dresden** nimmt die unterzeichnete Geschäftsstelle während der Dienststunden Bestellungen zum Preise von **2 Mark 50 Pf.** (einschließlich Bringerlohn) entgegen.

Neu- und Abbestellungen, sowie die Anzeigen über erfolgte **Wohnungsveränderungen** in Dresden, wolle man entweder **persönlich** anbringen oder **schriftlich** — nicht durch Fernsprecher — an die Geschäftsstelle gelangen lassen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

In den Vereinigten Staaten von Amerika herrscht zur Zeit gegenüber Spanien eine entschieden kriegerische Stimmung. Das ersieht man aus den Artikeln der Presse, die durchgängig auf das hohe Jingo-C gestimmt sind („Jingoisten" ist der Spitzname der Chauvinisten in Amerika und England), aus dem Angebot der westlichen Gouverneure zur Anwerbung von Freiwilligen und aus der Haltung des Kongresses. Die verfassungsmäßige Vertretung der großen transatlantischen Republik hat sich bereits bei einer früheren Gelegenheit im März ds. Js. mit dem cubanischen Aufstande beschäftigt. Damals wurde von beiden Häusern des Kongresses ein Beschluß in dem Sinne gefaßt, daß die Vereinigten Staaten die cubanischen Insurgenten als kriegführende Partei anerkennen und gegenüber beiden streitenden Theilen eine strikte Neutralität beobachten sollten. Die Erörterung jenes Beschlußantrags im Senat wurde seiner Zeit mit so maßlos heftigen Ausfällen gegen Spanien begleitet, daß jede Großmacht eine unzweifelhafte thatsächliche Kriegserklärung darin hätte erblicken müssen. Herr Canovas, der spanische Ministerpräsident, würgte aber die bittere Pille tapfer hinunter, weil kein finanzieller Doktor Gößel zur Hand war, der ihm ein besseres Mittel hätte verschreiben können. Ueberdies erleichterte ihm der honette Herr Cleveland selbst die Prozedur, indem er in einer Botschaft den Standpunkt vertrat, daß die vom Kongreß geforderte Anerkennung der Aufständischen als einer kriegführenden Partei sich „einstweilen" noch nicht rechtfertigen lasse. Die Senatoren und Repräsentanten des amerikanischen Volks scheinen nun zu glauben, daß das „Einstweilen" der Botschaft vom März ds. Js. gerade lange genug gedauert habe. Es soll deshalb wieder etwas Dampf in die Ventile gelassen werden, bis schließlich einmal das verhängnißvolle Kommando „Voll Dampf voraus!" nicht mehr zurückgehalten werden kann.

Der neueste Beschlußantrag geht viel weiter als der erste, indem er direkt die Anerkennung einer unabhängigen Republik Cuba von Seiten der Vereinigten Staaten fordert. Zunächst ist die Annahme des Antrags allerdings nur im Senatsausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten erfolgt. Da aber die Forderung der Unabhängigkeit Cubas (die selbstverständlich nur als Vorspiel zu der späteren Einverleibung der Insel in die Vereinigten Staaten gedacht ist) der ungeheuren Mehrheit des amerikanischen Volks aus der Seele gesprochen ist, so erscheint die größte Wahrscheinlichkeit dafür gegeben, daß der Senat sowohl wie das Repräsentantenhaus dem Antrage ihre Zustimmung geben werden. Die Frage ist also, wozu in diesem Falle Herr Cleveland entschlossen sein dürfte. Nach seinem bisherigen Verhalten, insbesondere nach den maßvollen Aeußerungen, die sich in seiner letzten Botschaft vom Anfang dieses Monats auf die cubanische Frage beziehen, ist nicht anzunehmen, daß der derzeitige Präsident der nordamerikanischen Republik irgendwelche Neigung verspürte, die kurze Restfrist seiner Amtsdauer — am 4. März 1897 zieht Herr Mc Kinley in das Weiße Haus in Washington ein — durch eine überstürzte auswärtige Aktion mit einem chauvinistischen Nimbus zu umgeben. Herr Cleveland dürfte sich also wohl auch dieses Mal an die bereits im Anfang ds. Js. von ihm vertretene Auffassung halten, daß der hier in Betracht kommende Gegenstand zu den ausschließlich dem Verfügungsrecht des Präsidenten vorbehaltenen Materien gehöre und daß daher Beschlüsse des Kongresses nach dieser Richtung für den Präsidenten unverbindlich seien. Allerdings ist diese Frage des amerikanischen Verfassungsrechts streitig. Merkwürdiger Weise wird dem „kommenden Manne", Herrn Mc Kinley, nachgesagt, daß er hinter der Scene bestrebt sei, die Senatoren umzustimmen und eine Verschärfung der Beziehungen zu Spanien zu verhindern. Sollte diese Behauptung auf Wahrheit beruhen, so wäre allerdings eine Möglichkeit gegeben, daß der Senat im Plenum umfiele. Gleichwohl schließt Mc Kinley's ganze Persönlichkeit vollständig die Annahme aus, daß es ihm ernstlich um eine dauernde Mäßigung zu thun sein könne. Der neue Präsident will offenbar nur verhindern, daß sein noch im Amte befindlicher Nebenbuhler eventuell gegen seinen Willen zu Maßnahmen gedrängt werde, deren Lorbeeren Mc Kinley allein zu pflücken gewillt ist. Die Aktionslust Mc Kinley's gegenüber Spanien ist eine notorische Thatsache, mit der Spanien im nächsten Jahre zu rechnen haben wird, auch wenn für den Augenblick keine bedrohlichen Weiterungen zu erwarten sind.

Herr Canovas weiß genau, was seinem Lande blüht, und es ist bitter unrecht von seinen Gegnern, wenn sie ihm „Feigheit" vorwerfen. Was soll der spanische Ministerpräsident eigentlich beginnen? Ja, wenn politische Streitigkeiten auf dem einfacheren Wege eines Zweikampfs zwischen den Ministerpräsidenten der streitenden Staaten abgemacht werden könnten, dann würde Herr Canovas unzweifelhaft seinen Mann stehen. Zu einem regelrechten Kriege aber gehört heute mehr als je Geld, Geld und nochmals Geld. Die spanischen Finanzen sind indeß dermaßen verpfuscht, daß gar keine Hoffnung besteht, sie wieder auf eine feste, gesunde Grundlage zu stellen, wenn die Wirthschaft in den Kolonien so weiter geht wie jetzt. In dem Mittelpunkt der spanischen Finanzen steht die Bank von Spanien. Gerade dieses Institut aber ist in hohem Grade schwindsüchtig. Der Notenumlauf beträgt nach der neuesten Feststellung gegen 1100 Millionen Pesetas, die sonstige Verschuldung an das Publikum 600 Millionen, und diesen 1700 Millionen steht nur eine Goldreserve von 213 Millionen gegenüber. An weiteren Aktiven sind nur noch vorhanden 240 Millionen Pesetas Silber, deren Marktpreis nur die Hälfte der nominellen Summe beträgt, und dazu gegen 1200 Millionen Forderungen an den Staat, der augenblicklich seine ganzen Kräfte in Cuba und auf den Philippinen verzettelt. Das sind sehr unerfreuliche Verhältnisse, deren niederdrückende Wirkung noch durch den infolge der Aufstände unausbleiblichen Rückgang der bisher nicht ungünstigen Handelsbilanz verstärkt wird. Bei einer so gearteten Finanzlage bedeutet auch die prompte Zeichnung der letzten inneren Anleihe nur einen augenblicklichen Scheinerfolg. Die von der Regierung acceptirten 400 Millionen Pesetas — gegen 600 waren gezeichnet worden — sind gleich einem Nettoertrage von 340 Millionen. Davon müssen aber zunächst die dringendsten Verpflichtungen bestritten werden, die der Regierung gegenüber der Bank von Spanien, der Gesellschaft für den Transport der Truppen und der Bank von Frankreich obliegen, zusammen etwa 140 Millionen. Demnach würden der Regierung nur 200 Millionen zur Fortführung des Kampfes gegen die Insurgenten für ein paar Monate verbleiben. Es ist begreiflich, daß unter den geschilderten Umständen die Besorgniß, die Coupons der auswärtigen Schuld (die Gesammtschuld einschließlich der inneren und kolonialen Verbindlichkeiten beträgt gegen 8 Millionen Pesetas) könnten nicht eingelöst werden, mit jedem neuen Fälligkeitstermine wächst. Als einziges Rettungsmittel erscheint noch eine weitere große Anleihe im Auslande. Herr Canovas hat auch bereits alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das französische Kapital, das den Spaniern schon manchen Liebesdienst erwiesen hat, noch einmal in letzter Stunde zur Hilfeleistung zu bewegen. Die Vertreter der französischen haute finance stellten aber als unerläßliche Bedingung ihres Eintretens die Forderung, daß Spanien dem Kriege mit Cuba ein Ende mache durch Gewährung der von den Cubanern geltend gemachten Forderungen. Daraufhin erklärte Herr Canovas in heller Verzweiflung, das Verlangen, Spanien solle auf Cuba verzichten, sei dasselbe, als wenn die Spanier den Franzosen zumuthen wollten, ihre Hoffnungen auf Elsaß-Lothringen preiszugeben; eine Taktlosigkeit, wegen der alsbald eine offizielle Entschuldigung Deutschland gegenüber im Madrider Amtsblatt erschien.

Da auch die mit London angeknüpften Anleiheverhandlungen gescheitert sind, so ist gar nicht abzusehen, woher Spanien die Mittel zur Fortführung des Krieges und zur gleichzeitigen Aufrechterhaltung einer geordneten Staatswirthschaft nehmen soll. Im Innern gährt es bereits bedenklich, und Carlisten und Republikaner gewinnen so sehr an Anhang, daß die Regierung es schon gar nicht mehr wagt, die genannten beiden Gegner der bestehenden Monarchie energisch zu bekämpfen. Die Lage in Spanien leidet bereits bedenklich an Kernfäule, eine Thatsache, über die das plötzliche Aufflackern der patriotischen Flamme nicht hinwegzutäuschen vermag. Ein Eingeständniß der vorhandenen Schwäche und Unfähigkeit des spanischen Staatsorganismus ist übrigens auch in dem Vorschlage eines Theils der Madrider Presse zu erblicken, durch den die Regierung aufgefordert wird, ein Rundschreiben an die europäischen Kabinette zu erlassen, damit diese Amerika an der Fassung verhängnißvoller Entschlüsse rechtzeitig hinderten. Es soll den Spaniern gewiß nicht verdacht werden, daß sie in ihrer großen Noth sich die Dinge anders vorstellen, als sie sind. Sie mögen deshalb auch das beabsichtigte Rundschreiben immerhin absenden. Bald genug wird ihnen so klar werden, wie sich die Mächte zu den spanisch-amerikanischen Händeln stellen, wenn die fremden Diplomaten mit einem bedauernden Achselzucken erklären, daß sie für den Fall nicht zuständig seien. Selbst wenn Herr Canovas versuchen sollte, die Monroedoktrin und die Nothwendigkeit ihrer gemeinsamen Abwehr durch Europa hervorzukehren, so würde auch das nichts helfen, weil die Bedingungen zu einer europäischen Koalition gegen Amerika zur Zeit noch nicht gegeben sind. Demnach würde weder Deutschland noch irgend eine andere europäische Macht aus eigenem oder allgemein europäischem Interesse Veranlassung zur Intervention haben, wenn demnächst der Fall eintreten sollte, den Mr. Cleveland in seiner in durchaus gemäßigtem Tone gehaltenen Botschaft vom Anfange dieses Monats mit den Worten bezeichnet hat: „Es könnte sich eine Sachlage herausbilden, daß die Verpflichtungen der Vereinigten Staaten gegenüber der Souveränetät Spaniens durch größere Verpflichtungen aufgehoben würden, die unmöglich zu ignoriren seien."

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 21. Dezbr.

Berlin. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe begiebt sich morgen mit seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohn für die Weihnachtsfeiertage nach Podjebrad in Böhmen. — Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika Oberst Liebert hat heute Abend Berlin verlassen, um sich über Neapel auf seinen Posten zu begeben. — An der Börse hat es Aufsehen hervorgerufen, daß nach dem stenographischen Berichte des „Reichsanzeigers" Handelsminister Brefeld in Beantwortung der Interpellation des Grafen Udo Stolberg, betreffend eine Trennung der Produktenbörse von der Fondsbörse gesagt haben sollte, der Staatskommissar trete erst vom 1. Februar an in Funktion und die Neubildung der Börsenvorstände ebenfalls. Es war dies aber nur ein Druckfehler, es heißt am 1. Januar. — Der durch seinen langjährigen Streit mit dem preußischen Fiskus wegen Entschädigung für das von ihm der Militärverwaltung geschenkte Terrain des Lichterfelder Kadettenhauses bekannte v. Carsten-Lichterfelde ist gestorben.

Berlin. Der Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers Generalleutnant v. Pleßen erläßt auf Befehl des Kaisers folgenden Nachruf für den in Dresden verstorbenen General v. Lippe: „Er war das Muster eines preußischen Offiziers, dessen fester Charakter und seltene soldatische Begabung ihm das besondere Vertrauen dreier Kaiser gewonnen hatten, dessen größte Freude darin bestand, die Befehle seines Königs und Herrn auszuführen, ein Held im Kriege, im Frieden in jeder Dienststellung ausgezeichnet. Unter seinen Kameraden in der ganzen Armee hochgeachtet und verehrt, beklagen wir in ihm einen unserer Besten. Wir betrauern sein leider zu frühes Ende tief, sein Andenken bleibt bei uns für alle Zeiten in hohen Ehren." — Die „Post" erfährt, daß eine generelle Bestimmung, wonach fortan vom Nachweis der Kenntniß der deutschen Sprache die Naturalisirung von Ausländern abhängig gemacht werden soll, nicht erlassen worden ist.

Hamburg. Die Polizei hat den Ausständigen das Postenstehen am Freihafen untersagt und veranlaßt etwa Stehenbleibende zum Weitergehen. Ein Theil der ausständigen Ewerführer hat heute früh die Arbeit wieder aufgenommen. Das Stauerbureau nimmt nur Arbeiter an, die während des Ausstands auf Schiffen gearbeitet haben. Es fanden heute 11 Versammlungen von Ausständigen statt, von denen Berichterstatter fern gehalten wurden. Vor der Versammlung von Schauerleuten stellte der Vorsitzende vor Entfernung der Berichterstatter die Frage, ob man bei dem Beschlusse vom Sonnabend beharren wolle, auch wenn in den nächsten Wochen kein Geld zur Vertheilung mehr gelangen sollte. Die Frage wurde mit stürmischen Zurufen bejaht. Der Vorsitzende erklärte, die Führer würden Alles aufbieten, um die erforderlichen Geldmittel zu erlangen. Aus England seien die versprochenen Gelder nicht eingegangen und man könne auf England nicht rechnen. Jeder möge überlegen, ob er bei der verminderten Unterstützung auch fernerhin streiken wolle.

Kiel. Die Kaiserin Friedrich ist heute aus Rumpenheim zum Besuch der Familie des Prinzen Heinrich hier angekommen. Zu Neujahr kommt die Kaiserin Friedrich nach Berlin, um hier ihren Winteraufenthalt zu nehmen.

Danzig. Unter Vorsitz des Oberpräsidenten Dr. v. Goßler fand im Saale des Landesgebäudes eine Konferenz von Vertretern der Vereine vom Rothen Kreuz und der deutschen Berufsgenossenschaft statt behufs gemeinsamer Organisation der ersten Hilfe bei Unfällen. Nach längerer Diskussion, in der völlige Uebereinstimmung über die inneren Angelegenheiten erzielt ward, wurde ein Komitee gebildet, welches die Errichtung von Unfallstationen und die Einrichtung von Unterrichtskursen ausführen soll.

Karlsruhe. Bei der erneuten Zeugenvernehmung im Brüsewitz-Fall legte der Auditeur angeblich das Hauptgewicht auf die Feststellung des Benehmens des v. Brüsewitz bei der Affaire und ob die bei der Reichstagsdebatte mitgetheilten Details den Thatsachen entsprächen.

Stargard. Ein hiesiger Leutnant verwundete gestern Abend mit dem Säbel auf der Straße einen 14jährigen Jungen schwer. Er war vorher von dem Jungen angerempelt worden.

Straßburg i. E. Nachdem der akademische Senat der hiesigen Universität gegen den Lothringer Studirenden François wegen seines Verhaltens gegenüber dem altdeutschen Studirenden Marten die Relegation ausgesprochen hatte, überreichten drei weitere Studenten Namens einer Anzahl Komilitonen eine Protestadresse an den Rektor der Universität. In einer persönlichen Aussprache, welche der Rektor ihnen gewährte, versicherten sie indessen, daß sie die Adresse in Unkenntniß des wirklichen Sachverhaltes überreicht hätten und zogen dieselbe zurück. Darauf erneuerten zwei andere Studenten den Protest durch eine zweite Adresse, die sie im Auftrage einer größeren Gruppe dem Rektor überreichten. Der akademische Senat hat nunmehr heute auch diese beiden Studenten relegirt.

Triest. Gestern Abend fand hier ein starkes Gewitter statt. Aus Nord-Italien werden heftige Nordstürme gemeldet. Mehrere Telegraphenlinien sind unterbrochen. In Görz herrschte ein starker Sirocco mit Gewitter, in Arco und Riva liegt tiefer Schnee.

Zürich. Ein Privattelegramm der „Züricher Zeitung" meldet aus Lichtensteig (St. Gallen), daß der Agent Hegele aus Konstanz heute früh in bedenklichem Zustande infolge von Morphiumvergiftung im Bette eines Gasthauses aufgefunden und in das Krankenhaus gebracht wurde.

Kopenhagen. Nach dem heute vom Finanzminister dem Folkething vorgelegten Gesetzentwurf zur Reform des Zollgesetzes werden die Abgaben für Lebensmittel herabgesetzt, für Luxusartikel erhöht und für Rohstoffe ermäßigt oder ganz aufgehoben; die Schutzzölle werden, abgesehen von denjenigen für Luxuswaaren, im Allgemeinen herabgesetzt. Die Absicht, einen Zoll auf landwirthschaftliche Produkte und Mehl zu legen, ist aufgegeben. Ferner wird mit Rücksicht auf die handelspolitischen Beziehungen Dänemarks zum Auslande auf jede Zollerhöhung verzichtet, welche die Interessen der Vertragsländer schädigen könnte. Endlich wurde vom Finanzminister eine Vorlage eingebracht, nach welcher die Branntweinsteuer von 18 Oere auf 1 Krone für den Liter 100grädigen Alkohols erhöht werde. Die Mehreinnahme aus diesen Erhöhungen ist auf 5 Millionen Kronen veranschlagt.

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist doch die beste für Küche und Haushalt